

Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP, SVP (Lea Bill, JA!/Claude Grosjean, GLP/Simon Glauser, SVP): Lancierung von aufsuchender Jugendarbeit in der Berner Innenstadt

Die Präsenz von Jugendlichen im öffentlichen Raum ist in der Stadt Bern auch mit der Debatte über das Nachtleben vermehrt zum Thema geworden. Jugendliche aus der Stadt und der Agglomeration halten sich oft an zentralen Orten in der Innenstadt auf, unterhalten sich oder trinken gemeinsam Alkohol. Sie sind dort, weil sie oft zu jung oder zu wenig finanzkräftig sind, um Clubs oder Konzertlokale zu besuchen. Diese Tatsache führt immer wieder zu echten oder vermeintlichen Nutzungskonflikten; jüngstes Beispiel ist die jeweils abendliche Versammlung junger Menschen beim Eingang zum Berner Bahnhof. In der Vergangenheit wurde klar, dass repressive Massnahmen allein keine Lösung sind, um Problemen im Zusammenhang mit Lärmemissionen, Gewalt oder dem Konsum von legalen und illegalen Drogen beizukommen.

Verschiedene Schweizer Städte haben Konzepte zur aufsuchenden Jugendarbeit (auch mobile Jugendarbeit genannt) aufgestellt. Diese Art von Jugendarbeit hat zum Ziel, die Jugendlichen auf Strassen und Plätzen, wo sie sich oft aufhalten, direkt anzusprechen. Auf diese Weise wird auch der Zugang zu Jugendlichen gewonnen, die von manchen Nutzenden des öffentlichen Raums als störend wahrgenommen und meist von anderen sozialen Einrichtungen nicht erreicht werden.

So besteht der Verein Mobile Jugendarbeit Basel (MJAB) bereits seit dem Jahr 2000 und konnte seither sein Angebot fortlaufend ausbauen. Im Zentrum steht dabei das Aufbauen von Beziehungen zu den Jugendlichen im öffentlichen Raum, welches das Ansprechen von Problemen erst ermöglicht. Auch in Winterthur wurde bereits im Jahre 2005 ein Projekt zur mobilen Jugendarbeit ins Leben gerufen. Die JugendarbeiterInnen gehen aktiv auf Jugendgruppen im öffentlichen Raum zu, sprechen mit ihnen über ihren Umgang mit legalen und illegalen Drogen und versuchen interkulturelle und geschlechtliche Konflikte zu schlichten.

Auch in der Stadt Bern arbeiten die Mitarbeitenden der Trägerorganisation offene Jugendarbeit (TOJ) mit Konzepten der aufsuchenden Jugendarbeit. Aufgrund der Ausgestaltung der Finanzierung des TOJ findet diese jedoch nicht in der Innenstadt, sondern nur in den Quartieren (konkret in den Stadtteilen 2-5) statt. Dies entspricht in keiner Weise dem heute aktuellen Verhalten von Jugendlichen – die älteren Jugendlichen halten sich oft nicht mehr in den Quartieren, sondern in der Innenstadt auf.

Wie bereits in der Antwort auf das *Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Anne Wegmüller, JA!): Lancierung von aufsuchender Jugendarbeit in der Berner Innenstadt (07.000313)* zu lesen ist, soll Jugendarbeit in der Innenstadt durch PINTO abgedeckt werden. Im Gegensatz zu PINTO liegen der mobilen Jugendarbeit aber anwaltschaftliche und partizipative Ansätze zugrunde – selbstverständlich ohne dabei die Bedürfnisse anderer Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen. Zudem sind die JugendarbeiterInnen im Gegensatz zu PINTO-Mitarbeitenden zu diesem Zweck ausgebildet und geschult. Des Weiteren müssen sie nicht – wie PINTO – neben der Jugendarbeit auch andere, teilweise repressive Aufgaben erfüllen.

Es ist daher aufgrund der heutigen Verhaltensweisen der Jugendlichen notwendig, dass geprüft wird, ob der TOJ die aufsuchende Jugendarbeit auch in der Innenstadt durchführen kann. Der TOJ bewährt sich seit Jahren als Fachinstitution für Jugendarbeit in der Stadt Bern und bringt die nötige Erfahrung mit, um mittels einer innovativen und kreativen Jugendarbeit die Situation in der Innenstadt sowohl für die Jugendlichen als auch für weitere NutzerInnen des öffentlichen Raums zu verbessern.

Der Gemeinderat wird zu folgenden Schritten aufgefordert:

1. Die Stadt erstellt in Zusammenarbeit mit Fachpersonen ein Konzept für die aufsuchende Jugendarbeit im öffentlichen Raum, speziell in der Innenstadt. Zu prüfen ist insbesondere, ob TOJ dafür geeignet ist
2. Die Finanzierung soll über eine Verschiebung von Ressourcen, die bereits heute für die öffentliche Sicherheit oder für Massnahmen in der Innenstadt, welche Jugendliche im öffentlichen Raum betreffen, zur Verfügung stehen
3. Des Weiteren soll die Stadt Gespräche mit den umliegenden Gemeinden führen, um sie für eine Mitfinanzierung der aufsuchenden Jugendarbeit in der Innenstadt zu gewinnen.

Bern, 04. April 2013

Erstunterzeichnende: Lea Bill, Claude Grosjean, Simon Glauser

Mitunterzeichnende: Stéphanie Penher, Leena Schmitter, Sabine Baumgartner, Franziska Grossenbacher, Esther Oester, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Michael Köpfli, Sandra Ryser, Melanie Mettler, Lilian Tobler, Daniel Imthurn, Peter Ammann, Roland Jakob, Karin Hess-Meyer, Ueli Jaisli, Kurt Rüeegsegger, Eveline Neeracher, Martin Schneider, Philip Kohli, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Katharina Altas, Lea Kusano, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Annette Lehmann, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer, Martin Krebs, Nicola von Greyerz, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli, Lukas Meier, Marieke Kruit, Hasim Sönmez, Bettina Stüssi, Silvia Schoch-Meyer, Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Christa Ammann

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat stellt fest, dass sich Jugendliche im öffentlichen Raum zum grössten Teil an Regeln halten und nur in Ausnahmefällen als störend wahrgenommen werden. Eine zu starke Fokussierung auf auftretende Konflikte wird deshalb der meistens problemlosen und erwünschten Teilnahme Jugendlicher am Stadtleben nicht gerecht.

Eine breit angelegte Studie der Jacobs Foundation mit dem Titel Juvenir 1.0 „Unser Platz - Jugendliche im öffentlichen Raum“ aus dem Jahr 2012 zeigt unter anderem folgendes auf:

- 66 % der Jugendlichen, die sich im Ausgang häufig oder gelegentlich auf öffentlichen Plätzen aufhalten, haben bisher keine Konflikte erlebt;
- 22 % konsumieren Alkohol;
- Eine grosse Mehrheit der Jugendlichen ist der Meinung, sie sollen sich in Bezug auf Müll und Lärm an bestimmte Regeln halten;
- 72 % der Jugendlichen begrüssen es, wenn die Security ab und zu nach dem Rechten schaut.

Die Studie stellt weiter fest, dass für eine grosse Mehrheit der Jugendlichen die Rücksichtnahme auf andere Nutzergruppen und Anwohnende eine Selbstverständlichkeit ist.

Zu ganz ähnlichen Resultaten kommt eine Online-Befragung der p_a_r_t – Stelle für Jugendmitwirkung des Jugendamts zur Nutzung von öffentlichen Plätzen durch Jugendliche in Bern, bei der 220 Oberstufenschülerinnen und -schüler teilgenommen haben. Von ihnen sind 84 % der Meinung, dass Jugendliche sich im öffentlichen Raum an Regeln halten sollen. 73 % befürworten, dass die Security ab und zu nach dem Rechten schaut und 77 % möchten, dass die Betroffenen im Konfliktfall selber miteinander das Gespräch suchen sollen.

Trotzdem können Konflikte im öffentlichen Raum entstehen. Dem Umstand, dass repressive Massnahmen alleine keine Lösung sind, um Problemen im Zusammenhang mit Lärmemissionen, Gewalt oder dem Konsum legaler und illegaler Drogen beizukommen, wurde bereits 2005 mit der Lancie-

rung von PINTO Rechnung getragen. Dank dem Einsatz von PINTO konnten viele Nutzungskonflikte in der Innenstadt wie auch in den Aussenquartieren gelöst oder zumindest entschärft werden.

Es ist sinnvoll, Jugendliche auf Strassen und Plätzen, wo sie sich aufhalten, direkt anzusprechen, um auf diese Weise einen Zugang zu denjenigen zu erhalten, die als störend wahrgenommen werden. Dies ist denn auch eine der Hauptaufgaben von PINTO. Die zu diesem Zweck ausgebildeten und geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von PINTO konzentrieren sich in der Innenstadt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen primär auf die Bearbeitung von bestehenden sowie die Verhinderung zukünftiger Nutzungskonflikte. Dabei verfolgt PINTO im Gegensatz zur klassischen Jugendarbeit nicht einen anwaltschaftlichen, sondern einen allparteilichen Ansatz: PINTO agiert im Interesse aller am Konflikt beteiligten Parteien. Sowohl die Anliegen der Jugendlichen wie auch jene der Anwohnenden und anderer Nutzenden werden im Bearbeitungsprozess gleichberechtigt einbezogen. Ziel ist es, den öffentlichen Raum für alle Benutzenden offen zu halten und eine möglichst konfliktfreie Koexistenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, ohne dass jemand aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird.

Als Beispiel für die Bearbeitung von Nutzungskonflikten durch PINTO sei die Bundeterrasse genannt. Der Aufenthalt der Jugendlichen war nach verschiedenen Vorkommnissen (übermässiger Lärm, Vandalismus, Flaschenwürfe auf Liegenschaften und Strassen etc.) gefährdet. Es wurde gar die Schliessung der Bundeterrasse während der Nacht erwogen. Gemeinsam mit den Jugendlichen, den Anwohnenden, der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie, der Kantonspolizei, dem Bundessicherheitsdienst und anderen ist es gelungen, eine Situation zu schaffen, in der einerseits der öffentliche Raum weiterhin für Jugendliche zur Verfügung steht und andererseits die Störungen für die Anwohnenden auf ein tolerierbares Mass reduziert werden konnten. Es wurde niemand ausgegrenzt, die Jugendlichen haben in Aushandlungsprozessen Verantwortung übernommen und die Bundeterrasse ist nach wie vor einer der beliebtesten Treffpunkte für Jugendliche in der Innenstadt.

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 12. Mai 2008 zum Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Anne Wegmüller, JA!): „Lancierung von aufsuchender Jugendarbeit in der Berner Innenstadt“ festgehalten hat, basiert die in der vorliegenden Motion erwähnte anwaltschaftliche Jugendarbeit auf dem Aufbau eines stabilen Vertrauensverhältnisses und intensiven Beziehungen zu den Jugendlichen. Im innerstädtischen Kontext mit zum Teil sehr grossen Gruppierungen (bis 250 Jugendliche und junge Erwachsene z.B. auf der Bundeterrasse), rasch wechselnden Gruppenzusammensetzungen, einer hohen Fluktuation der anwesenden Personen und der grossen Mobilität der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind diese Grundvoraussetzungen der anwaltschaftlichen Arbeit nicht gegeben. Die Innenstadt ist primär Ausgangs-/Freizeit- und nicht Lebensort. Dementsprechend hoch ist der Anteil Jugendlicher aus der Region. Der Gemeinderat beurteilt deshalb den Nutzen und die Wirkung von aufsuchender Jugendarbeit in den Ausgehzone der Innenstadt nach wie vor skeptisch. Auch erachtet er es als unrealistisch, dass sich umliegende Gemeinden an einer Mitfinanzierung der aufsuchenden Jugendarbeit in der Innenstadt, die mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht zum Kantonalen Lastenausgleich zugelassen wäre, beteiligen würden.

Auch die in der Motion erwähnten Konzepte zur aufsuchenden Jugendarbeit in anderen Schweizer Städten sehen keine aufsuchende Jugendarbeit in der Innenstadt vor. Gemäss der Jugend- und Familienförderung des Kantons Basel Stadt hat die Mobile Jugendarbeit Basel explizit keinen Auftrag, in der Innenstadt aktiv zu werden. Ebenso lehnt das Kontraktmanagement des Sozialdepartements der Stadt Zürich Jugendarbeit in der Innenstadt grundsätzlich ab. Ein solcher Auftrag wird als nicht passend mit den Arbeitsprinzipien der offenen Jugendarbeit angesehen. Die Städte Winterthur, Luzern, St. Gallen, Biel und Zürich arbeiten alle – wie auch die Stadt Bern – mit mobiler oder aufsuchender Jugendarbeit; keine dieser Städte macht dies aber im Stadtzentrum.

Dennoch teilt der Gemeinderat die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass auf Nutzungskonflikte, die auch durch die zunehmende Nutzung des öffentlichen Raums in der Innenstadt von Jugendlichen entstehen können, reagiert werden muss. Neben der Tätigkeit von PINTO, die wie oben beschrieben der Beseitigung von Konflikten im öffentlichen Raum dient, hat der Gemeinderat dieser Problematik auch im Konzept Berner Nachtleben Rechnung getragen. Er sieht dort unter anderem Massnahmen auf verschiedenen Ebenen für die 14- bis 18-Jährigen vor. Dies im Wissen, dass gerade für diese Altersgruppe Lücken bestehen und es teilweise an geeigneten, altersgerechten Angeboten fehlt. Er konzentriert sich dabei bewusst nicht auf eine isolierte Massnahme, sondern bezieht z.B. auch die Stadtteile mit ein. Der Gemeinderat ist bereit zu prüfen, ob darüber hinaus bestehende Konzepte angepasst, neue Konzepte entwickelt oder andere Massnahmen ergriffen werden sollen.

Der Gemeinderat ist in diesem Sinne bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für Personal und Finanzen

Die Motion verlangt die Verschiebung von Ressourcen, die bereits heute für die öffentliche Sicherheit oder für Massnahmen in der Innenstadt, welche Jugendliche im öffentlichen Raum betreffen, zur Verfügung stehen. Eine Umsetzung hätte unter dieser Voraussetzung keine Auswirkung auf die Finanzen.

Eine Annahme der Motion würde unter Umständen bedeuten, dass bestehende personelle Ressourcen, beispielsweise von PINTO, zur subventionierten Jugendarbeit verschoben werden müssten. Mitarbeitenden müsste demzufolge unter Umständen gekündigt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 18. September 2013

Der Gemeinderat